

Rumänien

Anneli Ute Gabanyi

Die Beziehungen Rumäniens zur EU standen im Schatten einer Serie von Wahlkämpfen sowie der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Verlängert die EU-Kommission das Kooperations- und Kontrollverfahren?

Im Juli 2009, zur Halbzeit des dritten Jahres seit dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union, verabschiedete die Europäische Kommission ihren routinemäßigen Bericht über die Fortschritte Rumäniens im Rahmen des Ende 2006 eingerichteten Kooperations- und Kontrollverfahrens.¹ Anders als in den Jahren zuvor mahnte die Kommission keine schwerwiegenden Versäumnisse der rumänischen Behörden bei der Erfüllung der EU-Vorgaben im Bereich der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung an. Vielmehr begrüßte sie die lange angemahnte und im Juni 2009 erfolgte Annahme des neuen Zivil- und Strafrechts durch das rumänische Parlament und wies zugleich auf die Notwendigkeit hin, nun auch die entsprechenden Prozessordnungen zügig zu verabschieden. Die Kommission mahnte die Behebung der fortdauernden finanziellen, personellen und infrastrukturellen Engpässe im Justizwesen an und monierte die immer noch nicht zufriedenstellende Einheitlichkeit und Transparenz der rumänischen Rechtsprechung. Als das Grundübel des rumänischen Rechtssystems bezeichnete die Kommission die extreme Politisierung des Gesetzgebungsprozesses und den mangelnden Reformkonsens der politischen Klasse, welche eine zügige und ausgewogene gerichtliche Verfolgung von Korruptionsfällen auf höchster Ebene behinderten.

Bemerkenswert an dem Bericht war die Tatsache, dass die Kommission offenbar darin erstmals ihre nach „öffentlichen Diskussionen“ getroffene Entscheidung ankündigte, die Verfahrensdauer des seit Anfang 2007 laufenden Kooperations- und Kontrollverfahrens auf unbestimmte Zeit auszudehnen. Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Schutzklauseln, so die Kommission, seien nicht erfüllt, hingegen gebe es im Unterschied zu den allgemeinen, auf drei Jahre befristeten Schutzbestimmungen keine zeitliche Begrenzung für das Kooperations- und Kontrollverfahren. Dieses solle so lange beibehalten werden, bis der Reformprozess in Rumänien abgeschlossen sei. Die Kommission nahm die im Dezember 2009 vom Europäischen Rat zu treffende Entscheidung sogar vorweg, indem sie für den Sommer 2010 die Veröffentlichung eines weiteren Fortschrittsberichts ankündigte.

Wahlen im Zeichen wachsender Politikverdrossenheit

Die rumänischen Parlamentswahlen am 30. November 2008 fanden unter neuen Voraussetzungen statt. Erstmals nach der Novellierung der Verfassung im Jahre 2003 wurden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nicht mehr gleichzeitig abgehalten und erstmals seit

1 http://europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/romania_report_20090722_de.pdf.

1990 wurden die 315 Abgeordneten und 137 Senatoren nicht mehr gemäß dem bislang praktizierten Verhältniswahlssystem gewählt, sondern gemäß einem gemischten, aus Elementen von Mehrheits- und Verhältniswahl zusammengesetzten System. Wie bisher galt für den Eintritt ins Parlament eine Sperrklausel von 5% für Parteien und 8-10% für Parteienbündnisse. Mit 39,20% der Wahlberechtigten lag die Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen des Jahres 2008 auf dem niedrigsten Stand seit der politischen Wende – ein Indiz für die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger.

Bei den Wahlen kam es als Folge des neuen Wahlsystems zu einer kuriosen Pattsituation zwischen zwei fast gleich starken Parteien bzw. Wahlbündnissen – der Demokratisch-Liberalen Partei und der aus Sozialdemokratischer und Konservativer Partei gebildeten Allianz. Während die Sozialdemokratische Partei mit 33,09% (Liberal-Demokratische Partei -32,36%) bzw. 34,16% (Liberaldemokratische Partei -33,57%) die knappe Mehrheit der Stimmen in Abgeordnetenkammer und Senat für sich verbuchen konnte, gewann die Demokratisch-Liberale Partei in den beiden Häusern eine ebenso knappe Mehrheit von Mandaten: 115 (Sozialdemokratische Partei -114) in der Abgeordnetenkammer und 51 (Sozialdemokratische Partei -49) im Senat. Der Ungarnverband, der sich im Wahlkampf einigen Positionen der extremistisch-separatistischen Ungarischen Bürgerunion angenähert hatte, konnte die ungarische Minderheit hinter sich scharen und die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Die Nationalliberale Partei erzielte mit 18,57% im Abgeordnetenhaus und 18,75% im Senat das beste Ergebnis in ihrer Geschichte nach 1989. Nicht im Parlament vertreten ist hingegen die extremistisch-nationalistische Partei Großrumänien von Corneliu Vadim Tudor ebenso wie die faschistoide Partei Neue Generation des neureichen, selbsternannten Heilsbringers und Fußballklubbesitzers Gigi Becali.

Der Prozess der Regierungsbildung war nicht nur wegen der unklaren Mehrheitsverhältnisse zwischen den beiden praktisch gleichauf liegenden Parteien schwierig, sondern auch wegen des von Staatspräsident Traian Basescu erhobenen Anspruchs, unabhängig vom Wahlausgang eine Regierungskoalition seiner Wahl einzusetzen. Am Ende der langwierigen Koalitionsverhandlungen übernahm schließlich eine Große Koalition aus Liberaldemokraten und Sozialdemokraten die Regierungsgeschäfte. Die Nationalliberalen und der Ungarnverband verblieben in der Opposition.

Statt sich jedoch den immer dringlicheren Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Erfüllung der EU-Vorgaben zu stellen, waren die Vertreter der Parteien und allen voran der seit 2004 amtierende rumänische Staatspräsident Traian Basescu in der Folge primär darum bemüht, sich mit Blick auf die für November 2009 angesagten Präsidentschaftswahlen zu positionieren.

Am 7. Juni 2009 traten die Rumänen erstmals zeitgleich mit den Bürgern der anderen 26 EU-Mitgliedstaaten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament an. Wie in den übrigen Mitgliedstaaten galt für die Wahl der 33 rumänischen Europarlamentarier das Verhältniswahlrecht auf der Grundlage von Parteilisten. Die Wahlbeteiligung lag mit 27,67% erheblich unter dem EU-Durchschnitt. Nach einem Wahlkampf, bei dem Euroskepsis zwar kaum eine Rolle spielte, bei dem aber EU-bezogene und sogar national relevante Themen von kleinlichem, von der Presse hochgespielten Geplänkel um Kandidaten wie der Tochter des Staatspräsidenten überlagert wurden, zogen vier Parteien ins Europäische Parlament ein: Die Sozialdemokraten und Konservativen mit 31,07 Prozentpunkten, gefolgt von den Liberaldemokraten mit 29,71%, den Nationalliberalen mit 14,52% und dem Ungarnverband mit 8,92% fast gleichauf mit der nationalistischen Partei Großrumänien mit 8,65%. Die Präsi-

dententochter Elena Basescu schaffte als unabhängige Kandidatin mit 4,22% der Stimmen den Einzug ins Parlament, kehrte aber unmittelbar darauf in den Schoß ihrer liberaldemokratischen „Vaterpartei“ zurück und schloss sich in Brüssel der Fraktion der Europäischen Volkspartei an.²

Wirtschaftlicher Absturz als Folge der internationalen Finanzkrise

Wurde Rumänien von den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die eigene Wirtschaft überrascht? Im Januar 2009 hatte Staatspräsident Traian Basescu seinen Landesleuten versichert, Rumänien sei von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht in dem Maße wie andere Staaten betroffen. Auch Experten wie der Chef der Nationalbank und der prominente Ökonom Mugur Isarescu gingen zu Jahresbeginn noch von einer „sanften Landung“ der rumänischen Wirtschaft aus.³ Die direkten Folgen der Krise auf die rumänische Wirtschaft hielten sich seiner Meinung nach in Grenzen. Das rumänische Bankensystem, so Isarescu, sei solide, der Anteil „toxischer Papiere“ geringer als in den Kreditinstituten entwickelter westlicher Staaten, die Exportabhängigkeit der rumänischen Wirtschaft mit 24% vergleichsweise gering und die Staatsschuld Rumäniens niedrig.

Bereits im März 2009 musste der Staatspräsident zugeben, dass sein Land bei der EU einen Kredit beantragt habe, der aber nicht zur Stützung des Staatshaushalts dienen solle, sondern nur als „Sicherheitsgurt“ für die Tilgung der 24 Milliarden Euro Schulden benötigt werde, die der private Sektor in diesem Jahr zurückzahlen müsse.⁴ Das war zweifellos ein Hinweis auf die hohen Privatkredite, die zum überwiegenden Teil von Tochterfirmen ausländischer Banken an rumänische Bankkunden vergeben worden waren. Für diese Privatkredite musste sich nun der rumänische Staat verschulden.

Am 24. März 2009 vereinbarte der Internationale Währungsfonds mit der rumänischen Regierung den Abschluss eines auf zwei Jahre angelegten Standby-Kredits in Höhe von insgesamt 12,95 Milliarden Euro. Das gemeinsam von IWF, EU, Weltbank und Europäischer Entwicklungsbank geschnürte Kreditpaket beträgt 19,95 Milliarden Euro.⁵ Davon sollen 13 Milliarden Euro dafür aufgewendet werden, um die Liquidität der vorwiegend ausländischen Mutterfirmen der rumänischen Banken zu sichern. Dafür gestattet der Internationale Währungsfonds der Regierung, einen Teil des Kredits auch zur Deckung der Renten und Löhne aufzuwenden.

Damit ist nicht nur die Chance Rumäniens, seinen wirtschaftlichen Höhenflug der letzten vier Jahre fortzusetzen, sondern auch die Aussicht auf eine baldige Überwindung der Krise vertan. Im Jahre 2008 war das Bruttoinlandsprodukt des Landes noch um 7,1% gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Der individuelle Konsum der Haushalte hatte mit einem Plus von 8,4% erheblich zum Wachstum des BIP beigetragen. Anders als im Vorjahr waren aber die Exporte mit einem Plus von 19,4% schneller gewachsen als die Importe mit 17,5%, was sich positiv auf das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit ausgewirkt hatte.⁶ Die Inflationsrate und der Anteil der Arbeitslosen lagen bei jeweils 6,3%.⁷

2 http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/ro/romania_ro.html.

3 Gabi Moroianu, Isrescu nu vede dracul at  de negru (Isrescu sieht den Teufel nicht so schwarz), in: Ziua, 07.02.2009, <http://ziua.net/prt/php?id=248977&data=2009-02-07>.

4 Rede vor den Vereinigten Kammern des Parlaments: http://presidency.ro/?_RID=det&tb=date&id=10719&_PRID=ag.

5 Siehe hierzu: <http://www.fmi.ro>.

6 Rumänisches Statistikamt: http://insse.ro/cms/files/arhiva_buletine2009/bsl_1.pdf.

Die Trendwende kam schnell. Im Jahre 2009 implodierte die rumänische Wirtschaft, wobei die internationale Krise als Verstärker bereits bestehender struktureller Ungleichgewichte und des mangelnden Reformeifers wirkte. Verheerend wirkte sich nicht zuletzt die populistische Lohnpolitik aus, die der Staat seit 2004 und insbesondere im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2008 betrieben hatte. In diesem Zeitraum war der Anteil der Löhne für Staatsbedienstete von 5,5% auf 9% des BIP angestiegen, ihre Einkünfte hatten sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Anders als im privaten Sektor, der seit Beginn der Krise durch Entlassungen und Lohnabstriche gegengesteuert hatte, hatte der Staat die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor nicht reduziert. Für 2009 rechnet der IWF mit einem Rückgang des BIP von 8-8,5% – im März war er noch von 4,1% ausgegangen. Dementsprechend düster nehmen sich denn auch die Prognosen für das restliche Jahr aus.

Weiterführende Literatur

Anneli Ute Gabanyi: Die Parlamentswahlen 2008 in Rumänien, in: Südosteuropa Mitteilungen, 1/2009, S. 64-75.

Dies.: Rumänien im Zwiespalt. Pro-europäisch, aber politikverdrossen, Bundeszentrale für Politische Bildung, Europawahlen 2009, in: <http://www.bpb.de/thema/BRCOJV.html>.

Michael Ehrke: Die globale Krise an der östlichen Peripherie Europas. Platzt die Illusion der Konvergenz?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2009, S. 50-65.

7 <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo.de/laenderinformationen/Rumaenien>.